

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feierstunden“ „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugspreise: Beim Bezug in der Stadt bezw. Agenten monatl. RM. 1.50 einchl. 13 bezw. 20 Pfg. Zustellgebühr, beim Bezug durch die Post monatl. RM. 1.40 einchl. 18 Pfg. Postzustellgeb., zusätzl. 26 Pfg. Bestellgeb., Einzelnumm. 10 Pfg. Schriftl. Druck und Verlag: G. W. Kaiser (Inh. K. Kaiser), Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1 spaltige Morgens-Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Familien-Anzeigen 15 Pfg., Kesselschloß 60 Pfg., Sammel-Anzeigen 50% Kusschlag - Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für Telefon, Aufträge und Brief-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschafter Nagold - In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. - Postk. No. Stuttgart 5113

Nr. 96

Gegründet 1827

Dienstag, den 26. April 1932

Preisprophet Nr. 29

106. Jahrgang

Betrachtungen zu den Länderwahlen

Die Nationalsozialisten haben Anspruch auf den Präsidentensitz

Das hervorragendste Ergebnis der fünf Landtagswahlen im Reich ist bei allen das: Die über alle Erwartung große Anschwellen der Nationalsozialistischen Partei, das über alle parteipolitische Machtverschiebung nach rechts herbeigeführt hat, jedoch nicht groß genug, um, mit Ausnahme von Anhalt in den einzelnen Ländern die Bildung einer Rechtsregierung zu ermöglichen. Im einzelnen ist folgendes zu sagen:

Württemberg

Die Wahlbeteiligung war im allgemeinen schwächer als bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 (79,4 v. H.) und bei den beiden Reichspräsidentenwahlen vom 13. März d. J. (81,2 v. H.) und vom 10. April (79,2 v. H.). Daß eine gewisse Wahlmüdigkeit eintrat, ist begreiflich, immerhin war aber die Wahlbeteiligung am Sonntag mit 71,2 v. H. und 1.244.774 abgegebenen gültigen Stimmen noch etwas größer als bei der Landtagswahl vom 20. Mai 1928 mit 68,8 v. H. und 1.121.093 gültigen Stimmen.

Was nun die einzelnen Parteien anlangt — sie seien hier in der Reihenfolge der Wahlliste angeführt —, so waren bisher die Sozialdemokraten mit 21 Abgeordneten (1928 267.077, 1930 280.720 St.) die stärkste Partei. Sie hat nun aber nicht weniger als 7 Sitze verloren und ist auf die dritte Stelle zurückgegangen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man diesen empfindlichen Verlust zum großen Teil darauf zurückführt, daß die Partei in ihrem Wahlkampf gegen die Nationalsozialisten doch arg über die Schnur gebauen und durch ihre ständige Drohung mit dem „Bürgerkrieg“ ins gegnerische Lager getrieben hat. Allzu scharf macht eben nun einmal scharf.

Das Zentrum ist in der angenehmen Lage, einen Gewinn buchen zu können. Es hat mit 254.675 Stimmen (gegen 219.846 in 1928 und 281.556 in 1930) seine Mandatszahl von 16 auf 17 erhöht und bleibt damit die zweitstärkste Fraktion. Mit Ausnahme von Tuttlingen hat die Partei in allen Bezirken gegenüber 1928 Stimmen gewonnen oder zurückerobert.

Einen bedenklichen Verlust hat der Württembergische Bauern- und Weingärtnerbund zu verzeichnen. 1928 noch 202.480 Stimmen und mit 15 Mandaten noch die drittstärkste Fraktion, ging die Stimmenzahl 1930 bereits auf 178.372 zurück und sie ist nun am Sonntag weiter auf 133.645 Stimmen und 9 Sitze abgerutscht, nachdem bei den Präsidentenwahlen bereits eine starke Abbröckelung zugunsten der Nationalsozialisten stattgefunden hatte — ohne Zweifel mit einer Folge der zwiespältigen Stellungnahme des Bundes bei den Präsidentenwahlen.

Katastrophal ist das Wahlergebnis für die Demokratische Partei ausgefallen. Einstens im monarchistisch regierten Württemberg die stärkste Fraktion des Landtags, zählt sie heute noch 4 Abgeordnete — in Preußen gar nur noch 2 gegenüber 75 in der Nationalversammlung von 1919. Die Umlaufung in „Staatspartei“ hat nichts genützt, vielmehr der Partei nur geschadet, und auch die Verbindung mit anderen Parteien bei anderen Wahlen hat ihr selbst nur Verluste gebracht.

Die Kommunisten haben mit 116.644 Stimmen ein Mandat von den Sozialdemokraten erobert und nun sieben Mandate (bisher 6 bei 82.552 St. in 1928) inne; gegenüber der Reichstagswahl 1930 mit 130.073 Stimmen ist ihre Stimmenzahl aber um 13.429 zurückgeblieben.

Die Deutschnationale Volkspartei (Bürgerpartei) hat im allgemeinen ihren Bestands gehalten; ihre Stimmeinbuße (53.410 gegen 54.455 in 1930 und 64.131 in 1928) dürfte weniger auf das Konto der Nationalsozialisten als des Christlichen Volksdienstes zu setzen sein. Somit ist diesmal zwar ein Verlust von einem Mandat — der Abgeordnete Dr. Hölcher-Ilm, ein bewährter Vertreter vor allem auch der sozialen Interessen und des Vertriebenenstandes, scheidet aus —, im allgemeinen hat sich die Partei jedoch behauptet. Finanzminister Dr. Dehlinger ist an erster Stelle gewählt.

Das schlimmste Schicksal haben die Deutsche Volkspartei und die Volksrechtspartei erfahren: sie verschwinden aus dem Landtag, in dem sie bisher mit 4 bzw. 2 Abgeordneten vertreten waren. Die Unsicherheit der Volkspartei, besonders in der Reichspolitik, die schon unter Stresemann einsetzte und unter Curtius und Dingeldey gerade bei entscheidenden Fragen in verstärktem Maß bemerkbar war, hat überall zahlreiche Anhänger der Partei, namentlich im Beamtenstand und in der Industrie kopfschüttelnd gemacht. Von 57.758 Stimmen von 1928 sind der Volkspartei diesmal noch 19.319 übrig geblieben und die Volksrechtspartei brachte nur noch 16.377 Stimmen auf gegen 37.098 in 1928.

Der Christliche Volksdienst hat seine Stimmenzahl gegen 1928 von 43.440 auf 52.352 erhöht, blieb aber gegenüber der Reichstagswahl (91.424) um 39.072 Stimmen zurück.

Die Leisten werden die Ersten sein. An dieses Bibelwort wird man durch den Wahlerfolg der Nationalsozialisten erinnert. 1928 mit 20.342 Stimmen und einem Abgeordneten (Prof. Wergenhahn) im Landtag an letzter Stelle, sind sie jetzt mit 328.188 Stimmen und 23 Abgeordneten auf die erste Stelle gerückt. Sie haben nunmehr Anspruch auf den Präsidentensitz.

Wie nun die Regierung in Württemberg gestaltet werden soll, ist eine schwierige Frage. Von den 80 Abgeordneten müssen mindestens 41 in einer Koalition beisammen sein, aber wie dies geschehen soll, ist noch nicht ersichtlich. Die sogenannte Weimarer Koalition (Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten) ergäbe nur 35 Fraktionsstimmen; die bisherige Vereinigung von Zentrum, der Rechten und den Demokraten ergäbe mit Einschluß des Chr. V. 36 Stimmen, und eine reine Rechtsregierung hätte 35 bzw. 38 Stimmen hinter sich. Es langte also wieder nicht, wenn die Nationalsozialisten außer Betracht blieben. Nun hat der Führer der Zentrumsfraktion, Abg. Bock, am Freitag in einer Wahlversammlung erklärt, eine Koalition des Zentrums mit der Sozialdemokratie bleibe außer Betracht, und andererseits wolle man eine Koalition nur auf lange Sicht eingehen, nicht eine solche, die jeden Tag gekündigt werden könnte. Gemeint waren die Nationalsozialisten. Da diese nun aber die ausschlaggebende Stellung im Landtag innehaben, würde man am Ende doch gut tun, den vielfach übersteigerten Streit im Wahlkampf zu vergessen und sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufinden. Denn ein sogenanntes Geschäftsministerium, wie es in Preußen vorkommt und in Sachsen und Hessen derzeit in Übung ist, ist zwar ein verfassungsmäßig zulässiger, aber kein befriedigender Zustand, abgesehen davon, daß eine solche Regierung jeden Tag gestürzt werden könnte und daher, wie der Vogel auf dem Zweig sitzend, keine wichtigen Entscheidungen treffen könnte, die eben doch von der Verantwortung eines genügend großen Teils der Volksovertretung getragen sein muß.

Bayern

Die bayerische Regierungskoalition setzte sich aus 40 Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei, 15 des Bayerischen Bauernbunds, 11 Deutschnationalen und 4 Volksparteilern zusammen. Sie verfügte bei 113 Abgeordneten über 70 Sitze gegen 43 der Opposition. Nach dem Ausschneiden der Deutschnationalen auf diese Mehrheit auf 59 Regierungsanhänger gegen 54 oppositionelle Abgeordnete. Diese Koalition ist nun in die Minderheit verwickelt worden. Die B. Volkspartei hat zwar ihren Stand von 40 auf 45 Mandate erhöht, dagegen haben 28, 6 und Deutschnationale 8 verloren. Die Sozialdemokraten sind von 30 auf 20 Mandate zurückgegangen. Die Kommunisten haben 8 (bisher 3) Mandate erhalten. Die Nationalsozialisten haben mit 1.270.602 Stimmen 43 Mandate erobert gegen bisher 9. Selbstverständlich wird von einer Koalition von B. Volkspartei, Sozialdemokraten und B. Bauernbund gesprochen.

Preußen

Bei der Beurteilung der „Preußenwahlen“, die naturgemäß das größte Interesse beanspruchen, ist zu beachten, daß die Abgeordnetenwahl von 430 auf 422 durch Erhöhung des Wahlquotienten herabgesetzt worden ist. Infolgedessen erfahren einerseits die Mandatsverluste der einzelnen Parteien verhältnismäßig eine gewisse Milderung, während die Gewinne an Bedeutung zunehmen. Vorweg ist auch zu bemerken, daß eine Reihe von Abgeordneten doppelt gewählt sind, es wird sich demnach noch eine Verschiebung in den Stärkverhältnissen ergeben. Das Ergebnis ist vor allem, daß die „Schwarz-rote“, die Weimarer Koalition gebrochen ist. Zwar hat sich das Zentrum mit 67 Mandaten (vorher 71) so ziemlich behauptet und seine Stimmenzahl von 2.738.000 (Landtagswahl vom 20. Mai 1928) erheblich gesteigert. Um so größer sind dagegen die Verluste der Sozialdemokraten, deren Stimmenzahl von 5.467.200 auf 4.674.943 zurückgegangen, was einen Mandatsverlust von 44 Sitzen (93 statt bisher 137) bedeutet. Mit den ungewöhnlichen Kampfmitteln gegen die Opposition hat sich also die preussische Regierung, wenigstens ihr sozialdemokratischer und noch mehr ihr demokratischer Teil ins eigene Fleisch geschnitten. Denn die Fraktion der demokratischen Staatspartei ist nahezu ausgelöscht (noch 2 Mandate von bisher 22).

Die Nationalsozialisten dagegen haben ihre Stimmenzahl von 552.700 auf 8.008.219 steigert und 162

(bisher 9) Sitze erobern können. Gewählt sind u. a. Dr. Göttsche-Berlin und die Generale Rymann und v. Borich. Der Landtagspräsident wird nun ein Nationalsozialist sein. Die deutschnationalen Mandate sind von 71 auf 31 gesunken; die abgesprungenen Wähler (im Osten) dürften zum großen Teil zu den Nationalsozialisten übergegangen sein. Eintrag haben aber auch die Splittlergruppen um Bestarp und Trepiranus usw. getan, die zwar selbst durchweg gänzlich ausgefallen sind, aber doch immerhin 40.000—50.000 bürgerliche Stimmen vergebend worden sind. Es ist ein tragisches Schicksal um den Grafen Bestarp, der einst ein so angesehenes und verdienter Parlamentarier war.

Die Deutsche Volkspartei zählt nun im preussischen Landtag zu „Splittlerfraktionen“, 7 Mandate sind ihr von 40 geblieben. Wahrscheinlich hätte die Partei besser abgeschnitten, wenn sie auf den Vorschlag der gemeinsamen Listen eingegangen wäre. Die D.-Hannoveraner haben von 5 noch 1, der Christl. Volksdienst von 4 noch 2 Mandate retten können. Von ihnen und den anderen Splittlerparteien gilt das gleiche.

Die Kommunisten haben ihre Stimmenzahl von 2.238.400 auf 2.819.602 gehoben und 57 (bisher 48) Mandate geerntet.

Nun hat aber im preussischen Landtag weder die Weimarer Koalition noch die Hargburger Front die Mehrheit, das Zünglein an der Waage bildet noch wie vor bei der Regierungsbildung das Zentrum und bei den Abstimmungen je nachdem die Kommunisten, die mit den Nationalsozialisten zusammen allerdings schon die absolute Mehrheit hätten. Es sicher ist anzunehmen, daß das gegenwärtige preussische Kabinett bei dem etwa im Juni zu erwartenden Zusammentreten des Landtags sofort eine Mistrustenserklärung erhalten würde, die noch in letzter Stunde vor den Wahlen getroffene Änderung der Geschäftsordnung, die ein Verbleiben des Kabinetts Braun als „geschäftsführende Regierung“ ermöglichen sollte, hat sich also als zwecklos erwiesen. In politischen Kreisen wird davon gesprochen, daß Ministerpräsident Braun im neuen Landtag die Mistrustenserklärung nicht abwarten, sondern ihr durch den Rücktritt zuvorkommen werde. Das Kabinett müßte dann bis zur Wahl eines neuen Ministerpräsidenten, der keine Minister zu wählen, die formalen Geschäfte weiterzuführen, oder aber würde, wenn eine solche Wahl zunächst aussichtslos wäre, ein Reichskommissar eingesetzt, was für Preußen nicht gerade ehrenvoll wäre.

Anhalt

Die Landtagswahl in Anhalt, wo bisher eine Minderheitsregierung der Linken bestand, hat eine sichere Rechtsregierung ergeben, die sich aus Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei zusammensetzen wird. Es wurden im ganzen 219.165 (Landtagswahl vom 20. Mai 1928 203.900 oder 88,1 v. H.) Stimmen (90 v. H.) abgegeben. Stimmen fielen auf Nationalsozialisten 89.602 (41,10) mit 15 (1) Mandaten, Sozialdemokraten 75.120 (84.500) mit 12 (15) Mandaten, Kommunisten 20.414 (15.000) mit 3 (3) Mandaten, Deutschnationale 12.807 (13.300) mit 2 (2) Mandaten, Deutsche Volkspartei 8.194 (30.900) mit 2 (6) Mandaten, Haus- und Grundbesitzer 6.368 (8.300) mit 1 (2) Mandat, Deutsche Staatspartei 3.227 (3.400) mit 1 (2) Mandat, Zentrum 2.630 (2.300) mit 1 (0) Mandat, Soz. Arbeiterpartei 803 (0) mit 0 (0) Mandat.

Hamburg

In Hamburg, wo die Wahlbeteiligung erheblich hinter den vorausgegangenen Wahlen zurückblieb, ist folgendes festzustellen: Stimmen fielen auf Nationalsozialisten 233.528 (202.506 am 20. Mai 1928) mit 51 (43) Mandaten, Sozialdemokraten 226.233 (214.553) mit 49 (46) Mandaten, Kommunisten 119.477 (168.674) mit 26 (35) Mandaten, Deutsche Staatspartei 84.139 (67.105) mit 18 (14) Mandaten, Deutschnationale 32.344 (43.278) mit 7 (9) Mandaten, Deutsche Volkspartei 23.805 (36.927) mit 5 (7) Mandaten, Zentrum 10.019 (10.798) mit 2 (2) Mandaten, Christl.-Soz. Volksdienst 7.729 (10.358) mit 1 (2) Mandat, Wirtschaftspartei 4.880 (11.375) mit 1 (2) Mandat, Ingesamt 160 (190) Abgeordnete.

Rundgebung des preussischen Zentrums

Berlin, 25. April. Der Vorstand der preussischen Zentrumspartei erklärt: Die neugewählte Zentrumsfraktion im Preußen wird auch im neuen Landtag das Ziel ihrer Politik in der Aufrechterhaltung christlich-deutscher Volkskultur und einer gesunden Volkdemokratie leben. Sie ist bereit, mit



Tagespiegel

Der neugewählte bayerische Landtag dürfte Mitte Mai zum ersten Mal zusammentreten.

Die Nationalsozialistische Partei verlangt in einem Artikel der Parteikorespondenz den sofortigen Rücktritt der preussischen Regierung, nachdem das Volk seinen Urteilspruch gefällt habe.

Tardieu will vorerst nicht mehr nach Genf kommen, außer wenn seine Anwesenheit dringend nötig wäre.

Mac Donald wird zumindest noch die ganze Woche in Genf bleiben.

Der Hauptausbruch der Abrüstungskonferenz wird am Dienstag den technischen Unter Ausschüssen ihre Aufgabe zuweisen, festzustellen, welche Waffenkategorien für eine „qualitative Abrüstung“ in Betracht kommen.

Die griechische Regierung hat beschlossen, die Goldwährung aufzugeben.

Im Nachhinein kreuzen sollen eine Anzahl Stempel mit Unterschriften bekannter Männer der Wirtschaft gefunden worden sein, die Kreuzer zu Namensfälschungen bei Aktien usw. verwendet haben soll.

Allen Parteien zusammenzuarbeiten, die auf der Grundlage der Verfassung dem Wohl des ganzen Volks zu dienen entschlossen sind. Sie tritt in voller Ueber einstimmung mit der Reichspartei für eine Politik ein, die dem deutschen Volk innere und äußere Freiheit, Zukunftsentwicklung und Weltgeltung schafft und sichert. Die Zentrumsfaktion wird sich fernerhin mit aller Kraft Bestrebungen widersetzen, die Staat und Verwaltung einer einseitigen Parteidiktatur ausliefern wollen und damit Ruhe und Ordnung und eine förderliche Reichspolitik gefährden würden.

Der „Bölkische Beobachter“ zu den Wahlergebnissen

München, 25. April. Der „Bölkische Beobachter“ sieht eine Hauptbedeutung der Sonntagswahlen in dem Stimverlust der Sozialdemokraten. Die Sozialdemokratie habe einen Schlag erlitten, wie sie ihn in ihrer ganzen Geschichte nicht erlitten habe. Das Zentrum stehe nun am Scheideweg; es könne die Bildung einer Regierung der NSDAP. plus bürgerliche Parteien verhindern, aber es sei sich wohl auch im Klaren darüber, daß die Opposition gegen den schwarz-roten Block heute sehr stark sei, daß sie in der Lage sei, alle Maßnahmen der Parteien dieses Blocks ebenfalls zu verhindern.

Breitestimmen des Auslands

Budapest, 25. April. Das Ergebnis der gestrigen Wahlen in Deutschland wird von den Montagblättern nicht einmütig beurteilt. „A Reggel“ meint, die Wahlen hätten das Problem nicht gelöst, es werde in der politischen Atmosphäre keine Entspannung eintreten. Die Wahlen würden die innere Lage Deutschlands nicht umstürzen und die gesellschaftliche Ordnung im Reiche nicht erschüttern.

„Hetési Naplo“ und „Reggeli Ujsag“ sprechen von einem überwältigenden und überraschenden Sieg der Nationalsozialisten.

Die Kopenhagener „Berlingske Tidende“ schreibt: Das Bild der gestrigen Wahlen wird beherrscht vom Fortschritt der Nationalsozialisten, dem furchtbaren Rückgang der Mittelparteien und dem schicksalsschweren Rückgang für die Sozialdemokratie.

Der Berliner Berichterstatter des Londoner „News Chronicle“ meint, es sei Hitler nicht gelungen, auf festlichem Weg Diktator zu werden, es sei jedoch durchaus möglich, daß sich eine Koalition bilde, die seine Reizung zu Uebertreibungen durch gemäßigtere Richtungen dämpfe.

„Echo de Paris“ zieht aus dem Wahlergebnis weitgehende Schlüsse. Das Deutschland von Weimar verschwinde alle Tage mehr. Der deutsche Parlamentarismus sei gestorben. Man befinde sich bereits einem vierten Reich gegenüber, das von Militärpersonen und methodischen Bürokraten, von Kalkulatoren und Anhängern der Autoritätspolitik geleitet werde.

Was nun in Preußen?

Berlin, 25. April. W.D. erzählt, die Berechnungen auch vorsichtiger und erfahrener Parteipolitiker seien durch das Ergebnis vom Sonntag völlig über den Haufen geworfen. Man hatte zwar mit Verlusten mehrerer bürgerlicher Parteien gerechnet, nicht aber mit dem völligen Ausfall oder mit der an völlige Bedeutungslosigkeit grenzenden Einschränkung bisher bedeutender Parteien. Während im alten Landtag immerhin noch 8 Fraktionen vertreten waren — ohne die Nationalsozialisten, die noch keine Fraktionsstärke hatten —, sind es im neuen nur noch fünf Parteien, die die Fraktionsstärke erreichen und damit allein in der Lage sind, Sitze in den Ausschüssen sowie im Ausschussrot einzunehmen und vor allen Dingen Anträge einzubringen, nämlich Nationalsozialisten, Deutsche Nationalen, Zentrum, Sozialdemokraten und Kommunisten.

Im preussischen Landtagsgebäude wird gegenwärtig auch die erforderliche äußere Umänderung vollzogen. Diejenigen Parteien, die keine Fraktionsstärke mehr besitzen, müssen ihre Beratungszimmer hergeben und haben nur noch Anbruch auf Arbeitsplätze.

Zusammentritt des preussischen Kabinetts

Berlin, 25. April. Das preussische Staatsministerium wird morgen vormittag zusammentreten, um zu dem Ergebnis der Wahlen Stellung zu nehmen. Wahrscheinlich wird es eine Erklärung herausgeben.

Die Deutschnationale Volkspartei fordert sofortige Landtagsauflösung

Berlin, 25. April. Der Vorsitzende der preussischen Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat an den Ministerpräsidenten Braun folgendes Schreiben gerichtet: „Die gestrigen Wahlen haben ergeben, daß die jetzige Regierung im Volk und im künftigen Landtag eine Mehrheit nicht mehr hat und daher das nach Artikel 57 der preussischen Verfassung nothenliegende Vertrauen des neuen Landtags nicht mehr besitzt. Es ist daher wider Willen, daß

die Regierung noch im Amt bleibt und sich dabei auf das Vertrauen eines vor vier Jahren gewählten Landtags beruft. Namens der deutschnationalen Landtagsfraktion beantrage ich daher die sofortige Auflösung des jetzigen Landtags nach Artikel 14 Absatz 1 der Verfassung durch Beschluß des in diesem Artikel vorgesehenen Ausschusses herbeizuführen.“

Laut C.N.B. will aber Braun vorerst noch im Amt bleiben, da die Zeit des alten Landtags erst am 20. Mai abläufe. Der neue Landtag würde somit erst auf 20. Juni einberufen und die Rücktrittserklärung des Kabinetts würde erst erfolgen, wenn der neue Landtagspräsident gewählt sei, oder bevor über den Mißtrauensantrag abgestimmt werde. Das Kabinett würde also vorerst mindestens zwei Monate die Geschäfte führen.

Die Wahlen in Oesterreich

Wien, 25. April. Das hervorsteckendste Merkmal der gestrigen Gemeinderats- und Landtagswahlen in Wien, Niederösterreich, Steiermark, Salzburg und Kärnten ist das sprunghafte Vorrücken der nationalsozialistischen Front. Sie hat eine Vertretung in der niederösterreichischen und in der Salzburger Landesregierung, sowie vier Bundesratsmandate erworben.

Das christlichsozial „Wiener Montagblatt“ sagt, es zeige sich eine parteipolitische Entwicklung Oesterreichs zum Dreiparteiensystem, nachdem die Großdeutschen und der Landbund praktisch aufgehört, als politische Parteien zu leben. Neben den Fronten der Sozialdemokraten und Christlichsozialen scheine die Nationalsozialistische Partei zum Sammelbecken der großen Masse jener geworden zu sein, welche zwischen diesen Parteien gestanden haben und nunmehr nach rechts getrieben worden seien.

Wahlergebnis aus Wien

Wien, 25. April. Das vorläufige Stimmenergebnis der Gemeinderatswahl in Wien lautet: Abgegebene Stimmen: 1 159 360 (Nationalratswahl 1930: 1 193 072). Sozialdemokraten 682 323 (703 718), Christlichsoziale 233 622 (282 959), Nationalsozialisten 201 365 (27 457), Kommunisten 20 839 (10 626). Der Rest, einschließlich Großdeutsche, ist zerplittert.

Der Wiener Gemeinderat, der zugleich Landtag ist, zählt 100 Mandate gegenüber früher 120. Davon fielen auf die Sozialdemokraten 66 (früher 78), Christlichsoziale 19 (früher 21), Nationalsozialisten 15 (früher 0).

Die Wahlen in Salzburg

Wien, 24. April. In Salzburg hatten die Landtagswahlen folgendes Ergebnis: Gültige Stimmen 127 517 (früher 123 200), davon Sozialdemokraten 29 510 (36 919), Christlichsoziale 43 013 (51 121), Großdeutsche 2050 (15 631), Nationalsozialisten 24 156 (4597), Bauernbund 7361 (6755), Kommunisten 3127 (755). Mandate erhielten: Sozialdemokraten 8 (9), Christlichsoziale 12 (11), Landbund 0 (1), Großdeutsche 0 (2), Nationalsozialisten 6 (0), Kommunisten 0 (0).

Württemberg

Stuttgart, 25. April.

Gebühren an den höheren Schulen sowie an den Gewerbe- und Handelsschulen. Die Ministerialabteilung für die höheren Schulen hat auf Grund einer Bekanntmachung des Kultusministeriums über die Landesgebührenordnung und die Vollzugsverordnung des Staatsministeriums für Landesgebührenordnung folgende Gebühren festgelegt: für die Zeugnisse bei der Reifeprüfung 20 Mk., bei der Prüfung der mittleren Reife 10, bei Ergänzungsprüfungen für jedes Fach 10, für Befreiungen von den Vorschriften über die Altersgrenze und von einem Pflichtfach je 5, letztere Gebühr kann aus besonderen Gründen zur Verminderung von Härten auf 2 Mk. ermäßigt werden. Für die Aufnahme von außerordentlichen Schülern betragen die Gebühren von 2 bis 20, für Aufnahmeprüfungen von Schülern deutscher Staatsangehörigkeit, die von einer Privatschule kommen, 3 Mk., für Ausländer 10—30, für ein Abgangszeugnis der Frauenschulklassen 3, sonst 2, für Auskünfte an wirtschaftliche Unternehmen über frühere Schüler und Schülerinnen 2—5 Mk. — Nach einer Verordnung der Ministerialabteilung für die Fachschulen betragen an den Gewerbe- und Handelsschulen die Prüfungsgebühren für die Prüfung der mittleren Reife und für das Zeugnis der Oberstufe der höheren Handelsschule je 10, für das Zeugnis bei der kaufmännischen Lehrlingsprüfung an den Handelsschulen 3, für die Aufnahme von Reichsausländern beträgt die Gebühr 10—30, für Abgangszeugnis 2—5 Mk.

Kraftposthaltestelle beim Hauptpostamt in Stuttgart an der Fürstenstraße. Die Haltestelle für die Postkraftwagen der Linie Stuttgart—Tübingen neben dem Handelshof (Ecke Fürsten- und Königsstraße) ist mit Wirkung vom 25. April d. J. an auf den Platz zur Aufstellung der Postkraftfahrzeuge beim Hauptpostgebäude vor der früheren Schalterhalle in der Fürstenstraße verlegt worden.

Das Ziel des Gebirgs-Wandertags der Angehörigen des früheren Württ. Gebirgs-Bataillons bzw. Gebirgs-Regiments am Himmelstagsfest ist der Ebnetsee, wo sich die Kameraden im Lauf des Vormittags treffen.

Falschmünzer. Die bereits gemeldete Aushebung einer Falschmünzwerkstatt in Bfrozheim glückte dadurch, daß in Stuttgart ein Kommunist beim nächtlichen Ankleben von Plakaten festgenommen wurde. In seiner Wohnung wurden ein solches Fünfmarsstück und Briefe gefunden, die auf die Spur nach Bfrozheim lenkten. Das Falschgeld sollte zur Bezahlung von Abzeichen dienen, die die kommunistische Partei vor 2 Jahren bezogen hatte. Als Auftragsgeber wurde ein Bauarbeiter in Stuttgart-Münster verhaftet.

In Lorch i. N. verletzten zwei junge Arbeiter aus Stuttgart falsche Fünfmarsstücke anzubringen; sie konnten in Pfladerhausen verhaftet werden.

Kornfel M. Leonberg, 25. April. Bürgermeisterwahl. Von 913 abgegebenen gültigen Stimmen erhielt bei der Bürgermeisterwahl der bisherige Bürgermeister Würtz 906; zerplittert waren 7. Abgestimmt haben 75 Prozent der Wahlberechtigten. Am 2. Mai sind es 30 Jahre, daß Bürgermeister Würtz auf dem Rathaus in Kornfel tätig ist.

Tübingen, 25. April. Ueberreichung des Ehrendoktor diploms an Botschafter Sackett. Die Universität Tübingen verband mit der heutigen Rektoratsübergabe die feierliche Ueberreichung des Diploms für die Ehrenpromotion des amerikanischen Botschafters beim Deutschen Reich, Erzengel Sackett, zum Doktor der Staatswissenschaften, welche die rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Tübingen zum 200. Geburtstag Washingtons vollzogen hatte. An der Feier im Festsaal der Universität nahmen neben der Professorenschaft, der Studentenschaft und zahlreichen Gästen Botschafter Sackett mit Gemahlin und in Begleitung von Botschafterrat Wilep Berlin teil. Als Ehrengäste waren Reichsminister Treviranus als Vertreter der Reichsregierung, von der württembergischen Regierung Staatspräsident Dr. Bolz mit den Ministern Dr. Beyerle, Dr. Bazille, Dr. Dehlinger, Dr. Maier und Staatsrat Rath, der Landtagspräsident Pflüger, der württ. Gesandte in Berlin, Staatsrat Dr. Bostler, Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager, Stuttgart, Oberbürgermeister Scheeßel-Tübingen, die Rektoren der Hochschulen von Stuttgart und Heilbronn, ferner Herzog Philipp Albrecht von Württemberg anwesend. Nach der Ueberreichung des Ehrendiploms übergab der scheidende Rektor, Chirurgieprofessor Dr. Kirchner, sein Amt dem neuen Rektor, dem Philosophieprofessor an der katholisch-theologischen Fakultät, Professor Dr. Simon. Im Anschluß an die Feier der Rektoratsübergabe hatte der neue Rektor Dr. Simon die Mitglieder des Reiner Senats zu einem Frühstück ins Museum eingeladen, an dem auch der amerikanische Botschafter und die zur Feier erschienenen Mitglieder des Reichs- und württ. Staatsministeriums teilnahmen.

Ludwigsburg, 25. April. Abschied. In der dichtgefüllten Stadtkirche hielt gestern Stadtpfarrer Kooßch, der nach 13jähriger Tätigkeit von hier scheidet, seine Abschiedspredigt. Er überlebte in dieser Woche als 1. Stadtpfarrer nach Winneiden.

Heilbronn, 25. April. Jubilar der Arbeit. Auf ein 50jähriges Arbeitsjubiläum konnte am Samstag der Metzger Ernst Großmann aus Bödingen zurückblicken. Aus diesem Anlaß wurde der Jubilar von seinen Kollegen, sowie der Firma Schellische Buchdruckerei (Viktor Kraemer) in reichem Maß geehrt und beschenkt.

Heilbronn, 25. April. Sühne einer schändlichen Bluttat. Der 19jährige Arbeiter Karl Huber, der 20jährige Maurer Willi Ehmman und der 21jährige Arbeiter Gustav Böttinger aus Heilbronn hatten in der Nacht des 8. Januar d. J. nach einem Wortwechsel den Mechanikermeister Friedrich Beigel durch Schläge und Messerstiche getötet und seinen Begleiter durch Stiche schwer verletzt. Die Haupttäter Huber und Ehmman wurden nun vom Schwurgericht zu 4 Jahren bzw. 3 Jahren 6 Monaten, Böttinger zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Kalen, 24. April. Anschlag auf den Staatspräsidenten? Als Staatspräsident Dr. Bolz am Donnerstag nachts nach 12 Uhr mit einigen Herren nach einer Wahlversammlung in Rauchheim im Auto von Unterlochen nach Kalen fuhr, waren am Ortsausgang zwei starke Stangen über die Straße gelegt. Der Wagenführer entdeckte das Hindernis rechtzeitig und beseitigte es.

Baffenhäuser, M. Münsingen, 25. April. Erzbergers Geburtshaus verkauft. Hier wurde das Geburtshaus des im Jahr 1921 ermordeten Reichsfinanzministers Matthias Erzberger, das seither im Besitz seines Bruders stand, um den Preis von 500 RM. an Georg Stofz von hier verkauft. Noch vor einem Jahr wurden für dieses Haus 2500 RM. geboten.

Ebingen, 25. April. Kühne Faltbootreise. Ein junger Ebinger Sportler, Jakob Wertz, trat kürzlich mit einem Faltboot eine Weltreise an. Er fuhr von Radolfzell den Rhein abwärts. Von Basel aus schickte er seinen ersten Reisebericht; den nächsten will er von Lyon aus geben. Sein Ziel ist zunächst Afrika. Hoffentlich verläßt ihn das Glück nicht.

Göppingen, 25. April. Rote Fahne auf dem Kirchturn. In der Nacht zum Sonntag wurde auf dem Dach der Oberhofenkirche neben den Ludwigsanlagen eine rote Fahne angebracht. Sie wurde am Sonntagmorgen von der Polizei entfernt. Nach den bis jetzt unbekanntem Tätern wird gefahndet.

Göppingen, 25. April. Die neue Mineralquelle in Groß-Eisingen. An der Groß-Eisinger Bohrstelle sind die Arbeiten nunmehr zum Abschluß gekommen. Dieser Tage wurde der Kupferfilter eingebaut und man rechnet damit, den Brunnen in den ersten Tagen des Monats Mai der öffentlichen Benützung freigeben zu können.

Ulm, 25. April. Prälat D. v. Planck gestorben. In der Nacht auf Montag ist Prälat D. v. Planck, nachdem er am Abend zuvor noch mit den Seinen gesund beisammen war, an einer Herzlähmung verschieden. Mit ihm ist ein Mann aus unserer Mitte geschieden, der vermöge seiner gelamten Persönlichkeit in unserer württembergischen Landeskirche einen bedeutungsvollen Platz eingenommen hat. Ueber 30 Jahre lang wirkte er als Helfer und Dekan in Ebingen. 1912 wurde er Prälat in Ulm und war als solcher noch eine Zeitlang Mitglied der Ersten Kammer. 1918 verlieh ihm die evang.-theol. Fakultät in Tübingen die Würde des theologischen Ehrendoktors. Nach der Staatsumwälzung bis zum Inkrafttreten der neuen Kirchenverfassung war er Mitglied der evang. Kirchenregierung. Mehrmals gehörte er, teils als landesherrliches, teils als gewähltes Mitglied dem Kirchenparlament an. 1927 trat er in den Ruhestand, nachdem er 15 Jahre lang dem Kirchenprengel Ulm mit seiner ausgedehnten Diaspora vorzustanden hatte.

Waukeuren, 25. April. Der Todessturz vom Waukeuren. Vor dem Erweiterten Jugendgericht Waukeuren stand der 18jährige Franz Arnold aus Waukeuren, der am 31. Oktober d. J. seine Geliebte, die 18jährige Schreinerstochter Hildegard Wabel, vom Waukeuren herabgestürzt haben soll. Arnold gibt an, die Absicht gehabt zu haben, mit dem Mädchen gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Nach dem Todessturz des Mädchens habe ihm der Rast gefehlt, ihr nachzusetzen. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage wegen Mords, weil sie annimmt, daß Franz Arnold sich seiner Geliebten gewaltsam entledigt hat, nachdem sie ihm gestanden hatte, daß sie in anderen Umständen sei. Hildegard Wabel hatte vor ihrem Tod Abschiedsbriefe an ihre Angehörigen geschrieben. Das Urteil lautete wegen Totschlags — die Anklage auf Mord wurde fallen gelassen — auf 7 Jahre Gefängnis.

Die Gewerbebank Nagold e. G. m. b. H.

als Bank des Mittelstandes und der Landwirtschaft, fördert die heimische Wirtschaft, pflegt den Giro-Verkehr, vermittelt Hypotheken-Darlehen und nimmt

Spareinlagen von jedermann entgegen.

Höchstmögliche Verzinsung

Kostenlose Verwaltung von Wertpapieren - Kostenlose Vermietung von eisernen Schrankfächern (Safes)

Amtliche Bekanntmachung Gaststättenwesen

Nach § 16 des Gaststättengesetzes ist verboten:

1. an Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, Branntwein oder überwiegend branntweinhaltige Genussmittel im Betrieb einer Gast- oder Schankwirtschaft oder im Kleinhandel zu eigenem Genuß zu verabreichen;
2. an Personen, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, in Abwesenheit des zu ihrer Erziehung Berechtigten oder seines Vertreters auch andere geistige Getränke oder Tabakwaren im Betrieb einer Gast- oder Schankwirtschaft zu eigenem Genuß zu verabreichen;
3. geistige Getränke im Betrieb einer Gast- oder Schankwirtschaft oder im Kleinhandel an Besondere zu verabreichen;
4. Branntwein oder überwiegend branntweinhaltige Genussmittel durch Automaten feilzuhalten;
5. das Verabfolgen von Speisen in Gast- oder Schankwirtschaften von der Feststellung von Getränken abhängig zu machen oder bei der Nichtbestellung von Getränken eine Erhöhung der Preise eintreten zu lassen;
6. Branntwein oder überwiegend branntweinhaltige Genussmittel auf Turn-, Spiel-, Sportplätzen oder Hallen zu verabreichen.

Zu widerhandlungen hiegegen werden mit Haft und mit Geldstrafen bis zu 150 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft (§ 29 Ziffer 8 des Gesetzes).

Die Ortspolizeibehörden und die Landjäger werden angewiesen, die Einhaltung der Verbotsvorschriften zu überwachen.

Nagold, den 22. April 1932.

Oberamt: Saitinger.

Bestellungen auf sämtliche Sorten 1131

Kohlen

zu Sommerpreisen nimmt entgegen



Rovinn

VEREIN NAGOLD UND UMGEGEND
E. G. M. B. H.

Aus schneiden! Aus schneiden! Geflügelhalter!

Besorge verbilligten Hühnerweizen. Laut Verordnung erhält jeder Geflügelhalter 2 1/2 kg n. Puba. Mindestquantum 100 kg. Preis Mk. 13.—, 14.— per 100 kg. Der feine 40 Denner hat, geht mit seinem Raschbar auf Rathaus und läßt sich einen Bezugschein ausstellen. Weitere Auskunft erteilt

Hans Wolfram, Ausläter-Betrieb
Matten O.L. Freudenstadt, Tel. Dornstetten 24. 335
Erscheint nur einmal

Wer wagt gewinnt!

Kaufen darum auch Sie ein Los aus der Kollekte von

G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold

Grenz- und Heimatschutz-Lotterie
Sofortiger Gewinnentscheid. Sofortige Gewinnauszahlung. Lospreise 1 M.

Württembergische Geld-Lotterie
Sofortiger Gewinnentscheid. Sofortige Gewinnauszahlung. Lospreis 1 M.

22. Große Ueberlinger Geld-Lotterie
zur Wiederherstellung des St. Nikolaus-Klosters in Ueberlingen a. B. Ziehung 12. Mai 1932. Doppelloospreis 1 M.

Steinhauser Geldlotterie
zur Wiederherstellung der Kirche in Steinhausen O.L. Waldsee. Ziehung 21. Mai 1932. Höchstgewinn 5000 M. Lospreis 50 J. Doppelloos 1 M.

Gewerbebank Nagold

eingetr. Gen. m. beschr. Haftpfl.

Soll Bilanz per 31. Dezember 1931 Haben

Soll	R.M.	Haben	R.M.
Kassenbestand	28 315.72	Eigene Betriebsmittel	
Fremde Sorten	1 872.38	Geschäftsguthaben der Mitglieder	205 568.10
Wechselbestand	263 318.33	Rücklage	75 140.—
Effektenbestand	45 000.—	Fremde Betriebsmittel	
Schuldner in laufender Rechnung	2 684 104.80	Gläubiger in laufender Rechnung	401 007.60
Guthaben bei Banken	165 109.99	Bankenforderungen	6 792.30
Bankgebäude	43 500.—	Spareinlagen	2 435 849.17
Geschäftseinrichtung	5 000.—	Aufwertungsrücklage für Spareinlagen und Geschäftsanteile	90 000.—
Geschäftsanteil bei Zentralkasse Stuttgart	3 000.—	Im Voraus eingenommene Zinsen	3 378.—
Noch nicht eingenommene Zinsen	1 000.—	Verbindlichkeiten aus Bürgschaften	R.M. 45 068.48
Forderungen aus Bürgschaften R.M. 45 068.48		Reingewinn	22 486.05
	R.M. 3 240 221.22		R.M. 3 240 221.22

Mitgliederstand Ende 1931 = 1133

Die Gesamthaftsumme beträgt **RM. 1162 000.—**
Umsatz auf einer Hauptbuchseite = **RM. 29 281 677.95**

Nagold, 29. Februar 1932

Der Vorstand:

Paul Schmid Paul Dolmetsch Georg Frasch

1019

In 1134

Frühjahr- u. Sommerkleidung

decken Sie in Anzügen und Mänteln, wie für Berufs-kleidung Ihren Bedarf im Spezialhaus

Christ. Theurer

bei billigt gestellten Preisen.

Einige Beispiele:

Herren-Anzüge Mk. 25.—, 40.—, 60.—, 80.—, 95.— mit 1 und 2 Hos

Burschen-Anzüge Mk. 20.—, 30.—, 40.— bis 55.—

Knaben-Anzüge Mk. 3.50, 6.—, 9.—, 11.— bis 28.—

Uebergangs-Mäntel in Gabardin, Covercoat, Loden, Trenchort und Summi von Mk. 12.— an.

Stadtgemeinde Nagold
Die vom Gemeinderat am 23. März 1932 beschlossene Verringerung der Befoldungssätze der Stadtgemeinde (Aufhebung und Streichung der Stelle des Hausverwalters des Gewerbeschulhauses und Schuldiener der Gruppe 17) ist durch Erl. der Min. Abt. für Bez. und Körperch. Bern. vom 14. April 1932, Nr. 915, genehmigt worden. Die Stellen liegen von heute ab eine Woche lang auf dem Rathaus zur allgemeinen Einsicht auf.
Den 25. April 1932
Bürgermeisteramt.

Graue Haare nicht färben!

Durch einfach. Einreiben mit „Tetuan“ erhalten Sie Ihre Jugendfarbe u. Frische wieder. Bestes Haarschmückmittel auch gegen Schuppen und Haarausfall, garantiert unschädlich. Gibt keine Flecken u. Mißfarben, wurde mit d. gold. Medaille ausgezeichnet. Glänzende Dankschreiben. Auskunft kostenlos.

Maria Labener Wwe., Stuttgart, Langestr. 22.
Am Donnerstag, den 28. April bin ich wieder in Nagold, Gasthof z. „Löwen“, von morgens 9—6 Uhr abends.

+ Ohne Messer +
ohne Blutung, ohne Narbe zu hinterlassen entferne für immer
schmerzlos jeben → **Schönheitsfehler**
Hauterhöbungen, Muttermale, Leberflecken, Finken, Warzen, Pickel, lästige Haare, Mitesser, Gesichtsröte, Sommerspr., Kopfschuppen, Hühneraugen
Leidende erhält sichere Hilfe durch exp. u. bew. Methode
Keine 20jährige, Tätigkeit garantiert sicherste Erfolge.
Geprüft 1919 von Dr. med. Kapp, Berlin. 1121

Geschäfts-Empfehlung

Sehe hiermit bekannt, daß ich von heute ab auf eigene Rechnung ein
Gipser-Geschäft
betreibe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, eine wertere Kundenschaft aufzubilden zu bedienen.
1127

Chr. Heint. Hafner, Gipser, Nagold

Kinder-Leiterwagen

mit und ohne Rückenlehne 1125

starke
Gebrauchswagen
Erfahreräder
besonders billig bei
Hermann Knodel

Zwangsvorführung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen bar versteigert, **Donnerstag, den 28. April, 10 Uhr, in Gältlingen** 1139

1 Büffel, eichen,
1 Nähmaschine, fast neu,
ferner: 1 Kadentisch mit Glasausfach, 1 Waage.
Zusammenf. d. Rathhaus.
Ger. Vollz. Stelle Calw.

Wegen Selbständigmachung unseres seitberigen juchen wir tüchtigen, jüngeren 1129

Schöne freundliche
3 Zimmer-Wohnung
ist zu vermieten.
Meisterweg 4. 1133

Moderno
Künstlerhalsketten
mit Porzellan-Handmalerei
G. W. Zaiser, Nagold

Beachten Sie mein
Schaufenster!

Müller

welcher selbständig arbeiten kann, für neu eingerichtete Rundmühle. Bedingung gute Zeugnisse.

Rich & Schäberle z. Kochmühle
Gültstein bei Herrenberg
Ehrl., fleißiges, kräftiges

Mädchen

(nicht unter 18 Jahren) für Haus- u. Landwirtschaft, a. 1. Mai gesucht.
Wurster zur „Krone“
Waldorf. 1120